

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Ersteinst 18mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatl. 70 S., viertel. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 S., viertel. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
viertel. 3 M. (ohne Verlagsgebühr).
Im Ausland:
Unter Kreuzband 15 M. vierteljährlich.

Anzeigenpreise:
Die Kolonelle in Wiesbaden 20 S.,
Deutschland 30 S., Ausland 40 S.,
Die Restkategorie 1.50 M.
Anzeigen-Ausnahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Verkaufspreis:
Inserate und Abonnement: Nr. 100,
Redaktion: Nr. 101; Verlag: Nr. 102.

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

55 Abend-Ausgabe.

Freitag, 30. Januar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Es verlautet mit Bestimmtheit, daß zwischen der Türkei und Bulgarien ein Geheimabkommen geschlossen worden sei.

Die griechische Regierung hat direkte Verhandlungen mit der Türkei in der Inselfrage abgelehnt.

Im Staate Bahia (Brasilien) sind mehrere Städte von einer Ueberschwemmung heimgesucht worden. Etwa 2000 Personen werden vermisst.

„Zabern macht Schule.“

Die Frankfurter Zeitung heft weiter.

Unter der Ueberschrift „Zabern macht Schule“ veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ folgende Aufschrift aus Reg:

In Zablon, einem Vorort von Reg., fand am 27. d. Mts., abends in einer Wirtschaft die Kaisergeburtstagsfeier des 20. preuß. Pionierbataillons statt. Das Bataillon hatte die Wirtschaft gemietet; zwei Französisch sprechende Lothringer hörten den Musikdarbietungen der Kapelle zu, als ein Leutnant zu ihnen trat mit der Aufforderung, entweder Deutsch zu sprechen oder das Lokal zu verlassen. Die Lothringer kamen der Aufforderung nach und begaben sich in das vor dem Saal gelegene Restaurant, wo sie sich erfrischten. Später kamen noch zwei Lothringer hinzu und sie unterhielten sich in ruhiger, anständiger Weise auf Französisch. Der Leutnant kam auch in das vordere Lokal, um sich zu überzeugen, ob die Leute jetzt Deutsch sprachen. Da dies nicht der Fall war, forderte er sie nochmals in der energischsten Weise, im Kommandoton, auf, das Lokal zu verlassen oder Deutsch zu sprechen, da sie durch ihr Benehmen die Kaisergeburtstagsfeier in absichtlicher Weise störten. Die Lothringer erwiderten in gebrochenem Deutsch ruhig, sie könnten reden, wie sie wollten, und ließen sich in ihrer Unterhaltung weiter nicht stören. Ein zweiter Leutnant kam hinzu, holte den Major herbei und letzterer, von dem ersten Leutnant aufgeklärt, ließ ohne jeandliche Verhandlungen die Leute durch anwesende Unteroffiziere und Mannschaften verhaften. Wie es hiesigen Gebrauchs ist, hatten die vier Lothringer in der Wirtschaft ihre Mägen aufbehalten. Der Major fuhr die Leute mit folgenden Worten an: Nehmen Sie die Mägen ab, Sie stehen vor einem königlich preussischen Major. Bevor die Leute überhaupt der Aufforderung nachkommen konnten, schlug der Major einem derselben die Klappe mit einer derben Ohrfeige vom Kopfe. Dies geschah, während die Leute bereits von den Unteroffizieren festgehalten wurden. Einer der vier, der in der deutschen Sprache am Bewanderten schien, versuchte, indem er sich in ruhiger Weise an den Major wandte, Aufklärung über diese merkwürdige Behandlung zu erhalten: Verzeihen Sie, Herr Major... Weiter ließ ihn der Major nicht kommen, sondern schrie: Schweigen Sie, Ihre Mägen kennzeichnen Sie ja schon, die guten Franzosen sind alle ausgewandert; was noch hier ist, ist alles Krethi und Blethi, die Hefe vom Volk... (und ähnliches mehr). Daraufhin wurden die Leute, von zwei Offizieren und Unteroffizieren begleitet, auf das Bürgermeisterei nach Montigny gebracht und dort der Polizeigewalt übergeben, wo sie alsbald auf freien Fuß gesetzt wurden. Es sei noch bemerkt, daß den Lothringern kein freies Wort über die Vorfälle kam und daß sie sich weder im Restaurant noch auf dem Wege zum Bürgermeisterei im geringsten zur Wehr setzten. Bemerkte ich noch, daß das Lokal für den Abend an das Bataillon vermietet war, was aber die betreffenden Notizen nicht wukten und auch in keiner Weise kenntlich gemacht war. (Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: Daß nach Zabern Derartiges kommen kann, darf nicht verwundern. Man wird abwarten haben, was in diesem Zabloner Falle erfolgt; D. Reg.)

* Die Schlussbemerkung der „Frankfurter Zeitung“ unterschreiben wir vollkommen. Auch wir wundern uns nicht, daß nach Zabern Derartiges kommt, zumal gerade die „Frankfurter Zeitung“ es war, die durch ihre teils unwahren, teils übertriebenen Berichte, durch ihre kritische Sucht, jeden Laß abzufragen, wenn er nur militär- oder deutschfeindlich genug war, die Aufregung künstlich auf ein solches Maß gesteigert hat, daß später die bekannten Tumulte entstehen konnten. Auch die Veröffentlichung des Vorfalles bei der Kaisergeburtstagsfeier im Weber Vorort Zablon beweist die Unfähigkeit der „Frankfurter Zeitung“, in solchen Dingen unparteiisch zu sein. Das ist entweder krankhafte oder böser Wille; in beiden Fällen aber gemeingefährlich, ja mehr noch, geradezu staatsgefährlich.

Für den objektiven Leser muß sich aus der Darstellung der „Frankfurter Zeitung“ folgende Sachlage ergeben: In Zablon hat das 20. (die „Frankf. Ztg.“ fügt noch „harmlos“ hinzu preussische) Pionierbataillon die sämtlichen Räume einer Wirtschaft für die Feier von Kaisergeburtstag gemietet. Trotzdem finden sich zwei Lothringer im Festsaal ein (die „Mägen“ auf dem Kopf), die nicht dazugehören. Diese beiden sprechen so laut französisch, daß es gehört wird und Kergernis erregt, wogegen während eines Vortrags der Musikkapelle. Nehmen wir an, die Leute hätten anfangs nicht gewußt, daß die Wirtschaft an dem betreffenden Abend dem Bataillon ganz vermietet war (wie es in den Reichslanden üblich ist), so waren sie doch jetzt durch den Leutnant darauf aufmerksam gemacht, daß sie dort nichts zu suchen und insbesondere nicht französisch zu sprechen hätten. Sie verließen auch den Saal, nicht aber die Gastwirtschaft, sondern sie begaben sich in die mitvermieteten Nebenräume, wo zufällig noch zwei Lothringer hinzukamen, mit denen sie wieder so laut französisch sprachen, daß

sie gehört werden und neues Kergernis erregen. Der wieder herbeigerufene Leutnant schmeißt die Herren Lothringer, denen er das Lokal schon einmal verboten hatte, nun nicht etwa hinaus, wie es sein gutes Recht gewesen wäre, sondern er fordert von ihnen nur, entweder deutsch zu sprechen oder das Lokal zu verlassen, „da sie — so fügte er besonders hinzu — durch ihr Benehmen die Kaisergeburtstagsfeier in absichtlicher Weise störten.“ Daß die Lothringer, wie in der Tat absichtlich getan haben, daran kann ein ruhig denkender Mensch kaum zweifeln, nachdem sie von dem Leutnant schon vorher im Saal darauf aufmerksam gemacht worden waren, wo sie sich befanden. Die „Frankfurter Zeitung“ nennt die Unterhaltung der Lothringer „ruhig und anständig“, den Leutnant, der in seiner erachtlichen Langmut die widerwärtigen Kerle nicht beim Kraken genommen und an die frische Januarluft geschickt hat, aber läßt sie im „Kommandoton“ reden, als er sie zum zweiten Male zur Rede stellt. Der Gegensatz, den das Blatt zwischen dem (natürlich preussischen) Kommandanten und dem ruhigen und anständigen lothringischen Ton ausdrückt, konstatiert, ist zu interessant, um nicht zur erneuten Kennzeichnung der „Frankfurter Zeitung“ besonders festgelegt zu werden.

Da die vier Lothringer gegen den Leutnant auffällig wurden und ihm „in gebrochenem Deutsch“ zu erkennen gaben, daß er ihnen nichts zu sagen habe, daß sie reden könnten, wie sie wollten und sich von ihm nicht in ihrer Unterhaltung stören ließen, wurde der Major geholt. Als preussischer Major ist er (nach der Darstellung der „Frankfurter Zeitung“) natürlich ein ganz ungehobelter Patron. Was aber hat er getan? Nachdem ihm der Leutnant den Sachverhalt dargelegt, befahl er einigen Offizieren und Unteroffizieren, die Leute, deren Betragen doch mindestens sehr nahe an Hausfriedensbruch grenzte, festzunehmen und zum Bürgermeisterei zu bringen. Das war nicht nur das Recht des Majors, denn es entsprach den gesetzlichen Vorschriften, sondern auch seine Pflicht, denn er hatte dafür zu sorgen, daß die deutsch-patriotische Feier nicht weiter von den sogenannten Lothringern gestört werde. Sollte er die Leute einfach auf die Straße werfen lassen, was ihm auch kein Vernünftiger hätte übel nehmen können, so hätten die Störenfriede Hals und Beine brechen können. Er ist also recht milde mit ihnen verfahren. Wenn ihnen aber bei einem Hinamrücken nichts geheißen wäre, dann hätte, nach der bisherigen frechen Dickleichtigkeit der lothringischen Parole, was zu schließen, die Gefahr bestanden, daß sie wieder in das Lokal gekommen wären, um die Störung fortzusetzen. Der Major schob der einen wie der anderen Möglichkeit einen Riegel vor, indem er die Leute der Zivilgewalt übergab.

Die „Frankfurter Zeitung“ sucht ferner die Tatsache, daß die Leute vor dem Major die Mägen auf dem Kopfe behielten, dadurch zu beschönigen, daß diese Unmanier in Lothringen landesüblich sei. Eine kleine Lektion konnte den Leuten darum, so meinen wir, nicht schaden; daß sie so ausgefallen sei, wie die „Frankfurter Zeitung“ behauptet, bezweifeln wir sehr. Denn wenn die Leute „ruhig und anständig“ gewesen wären, hätte der Major ganz bestimmt dem Einen die Mägen nicht vom Kopfe geholt. Die Behauptung, daß er dem Manne auch eine derbe Ohrfeige versetzt habe, halten wir einwilligen für glatt erfunden. Ebenso halten wir den von der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Wortlaut der Rede des Majors: Ihre Mägen kennzeichnen Sie ja schon, die guten Franzosen sind alle ausgewandert; was noch hier ist, ist alles Krethi und Blethi, die Hefe vom Volk! für falsch. Der Major wird allerdings an den „Mägen“ seine Pappenheimer erkannt haben. Sie werden derselben Klasse angehören, die man in Preußen unter den „Balkonmägen“ kennt: Menschen, die als Feinde der bürgerlichen Ordnung und der Gesetze bekannt sind, die den Mann besonders hassen, der die Arbeit erfunden hat, die in den verwerflichsten Berufen ihren Lebensunterhalt finden und selbst von der Sozialdemokratie als oft sehr unbedeutende Anhängel empfunden werden. Aus dieser Sorte rekrutiert die Anarchie ihre Bataillone. Gegenüber dem Militär und der Schutzmannschaft werden diese Leute von einem regelrechten Koller ergriffen; und in den Reichslanden kommt noch der immer frisch genährte Preussenhass, der für sie auch nur ein Haß gegen die Ordnung ist, hinzu. Ueberzeugte Französischen sind diese Leute nimmermehr. Sie wollen nur Rache und würden sich in Frankreich nicht anders betragen, als sie es in Deutschland tun. Däße der Major wirklich die Worte gebraucht, die ihm die „Frankf. Ztg.“ in den Mund legt, so hätte er wohl das Richtige getroffen. Aber ein Zweifel an der ganzen Form der Rede ist allein schon deshalb berechtigt, weil doch — die „Frankf. Ztg.“ behauptet es wenigstens — die „anständigen, ruhigen“ Lothringer das Deutsche nur sehr unvollkommen beherrschten. Wie und woher soll da der Berichtshalter der „Frankf. Ztg.“ einen zuverlässigen oder auch nur halbwegs glaubwürdigen Bericht bekommen haben?

Wir werden abwarten, was eine glaubwürdigere Berichterstattung über den Fall von Zablon, aus der das Frankfurter Demokratienblatt gern einen neuen Fall Zabern machen möchte, zu melden haben wird. Einstweilen genügt es uns, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die „Frankfurter Zeitung“ den bekannten Zerrspiegel gleicht, die ein Bild, das sie aufnehmen, in der bössartesten Weise verzerrt wiedergeben. Das genannte Blatt macht sich durch die ketzerische Art der Wiedergabe von tendenziös verdrehten Darstellungen über Vorfälle, an denen das „preussische“ Militär beteiligt ist, zu einem der gefährlichsten Unruhestifter in Deutschland. Es gibt nur noch ein Blatt, das ihm darin nichts schuldig bleibt, das ist das „Berliner Tageblatt“. Wir gehen auch wohl in der Annahme nicht fehl, daß auch dieses Blatt den neuen Fall in zum Teil aufgebauschter, zum Teil offensichtlich

falscher Weise, genau so wie die „Frankfurter Zeitung“, ausschalten wird, um unserer Armee wieder einmal etwas am Zeuge zu flicken. Das ist nicht Zufall, das ist Methode. Und wir halten es für unsere Pflicht, auf die Gefährlichkeit dieser tendenziösen und falschen Berichterstattung hinzuweisen, um Leuten, denen die gewissenlose Art der genannten Blätter noch nicht bekannt ist, die Augen zu öffnen. Zum Schluß möge noch darauf hingewiesen werden, daß das 20. Pionierbataillon, das die „Frankfurter Ztg.“ gleich zu Anfang ihres Berichts als „preussisches“ kennzeichnet, die amtliche Bezeichnung hat „Lothringisches Pionierbataillon Nr. 20“. Wir nehmen an, daß die „Frankfurter Ztg.“ das nötige Nachschlagsmaterial besitzt, daß sie wenigstens diese falsche Angabe ihres Gewährsmannes hätte berichtigen können.

Zum Regierungswechsel im Elsaß.

Professor van Calker über den Statthalterwechsel.

In einer Unterredung mit unserem Berliner Vertreter äußerte der Reichstagsabgeordnete und bekannte Strafrechtslehrer der Straßburger Universität Professor Dr. van Calker, daß er den Statthalter von Elsaß-Lothringen, Grafen Wedel, mit tiefem Bedauern scheiden sähe, weil dieser insbesondere immer seine Aufgabe darin gesehen habe, als Statthalter des Kaisers gleichzeitig im Interesse des Reiches und des Landes zu wirken. — Auf die Frage, ob Herr van Calker denn wirklich glaube, daß im Elsaß nun „alles kaputt“ sei, wie man nach seiner viel kommentierten Rede so oft annimmt, erwiderte er: Ich habe in meiner Rede vom 3. Dezember nicht behauptet, daß „alles kaputt“ sei, sondern ich habe die Frage aufgeworfen, ob denn nun das in 48 Jahren mühsam Errungene verloren sein soll! Die Antwort auf diese Frage wird erst von der Zukunft gegeben werden können. Wie sie ausfällt, das hängt davon ab, ob man die richtigen Männer finden wird, die mit Verständnis und Liebe für unser Land an ihre wichtige Aufgabe herantreten, und ob man es verstehen wird, Elsaß-Lothringen innerlich zu gewinnen und mit seinen ganzen Interessen und Sympathien immer fester an das Reich anzuschließen.

Der Eindruck in Elsaß-Lothringen

entspricht den Erwartungen, die man nach dem Ausgang des Reuter-Prozesses hegen mußte. Ein Drahtbericht meldet aus Straßburg:

Man hatte in Straßburg erwartet, daß die Regierung nach dem Ausgange der Zaberner Affäre zurücktreten werde. Sie hatte auch ihrerseits keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn der Statthalter gehen müßte, sie sich mit ihm solidarisch erklären und ihre Ämter zur Verfügung stellen würden. Man ist deshalb hier auf den bevorstehenden unumfassenden Personenwechsel vollständig vorbereitet, bedauert aber nur allgemein, daß auch der Statthalter seinen Posten verläßt. Den Mitgliedern der Regierung weint man keine Träne nach, besonders nicht dem Herrn Mandel und auch nicht dem Herrn Born von Bulach, der seit seines Amtes keine besondere Figur gemacht hat. Der Statthalter hat sich dagegen viel Sympathien im Lande erworben, wie wohl keiner seiner Vorgänger. Man schätzte seine gerade und offene Persönlichkeit, seine ritterliche Art und wird es niemals im Lande vergessen, daß er der Vater der Elsaß-lothringischen Verfassung ist. Man läßt den Grafen Wedel mit der Ueberzeugung scheiden, daß er nicht umsonst im Lande gelebt hat und daß sein Wirken noch Früchte tragen wird, darüber existieren vorläufig nur Vermutungen; man befürchtet aber vielfach, daß der Nachfolger des Grafen Wedel härtere Regierungsmethoden einführen könnte, als Elsaß-Lothringen seit seiner Gewöhnung war. Oberlandesgerichtspräsident Mositor soll zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs der Justiz Dr. Petri auserselben sein. Außer ihm soll kein Elsaß-lothringischer Beamter in das neue Ministerium eintreten.

Stimmen der Presse.

Die Nachrichten über den bevorstehenden Eintritt der Regierung in Elsaß-Lothringen lösen in der Presse der Rechten Reaktionen uneingeschränkter Genugtuung aus. Die „Kreuzzeitung“ ruft nach der „starken Hand“ und den „rechten Männern“ und knüpft daran eine wütende Polemik gegen die reichslandische Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ faßt noch einmal alle Vorwürfe gegen die abgehende Regierung zusammen, indem sie sie die Mangel an staatsmännischem Takt, an politischem Augenmaß und an Entschiedenheit beschuldigt. Das Blatt hat bisher angenommen, daß der Statthalter durch die Krise nicht unmittelbar berührt werde und sein Ausscheiden im wesentlichen auf seinen Gesundheitszustand zurückzuführen.

Die „Tägliche Rundschau“ findet, daß die Regierung so abgewirtschaftet habe, daß ihr Weiterleben einen einfach widernatürlichen Zustand hätte schaffen müssen, schreibt aber auch viel von der Schuld, die jetzt die Personen büßen müssen, den Verhältnissen zu.

Die „Germania“ erblickt die Niederlage der Zivilverwaltung eigentlich darin, daß gegen das Urteil im Prozeß Reuter keine Verurteilung eingelegt wurde.

Die „Vossische Zeitung“ hört aus dem Abschiedsgesuch das Kommando heraus: „Rechts! schwenkt, marsch!“

Der Arbeitswilligenschuß.

Die sächsische Kammer verhandelte gestern über den Arbeitswilligenschuß. Die Nationalliberalen fragten in ihrer Interpellation die Regierung, wie sie sich zu einer schärferen Anwendung der bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen stelle. Die Konser-

passiven beantragten Verstärkung des Schutzes. Die Sozialdemokraten fragten an, was die Regierung zur Sicherstellung des Koalitionsrechts tun wolle. Der Verhandlung wohnte auch der sächsische Kronprinz in der Regierungsloge bei. Zunächst sprach der nationalliberale Dr. Kaiser, ein Dressener Rechtsanwalt. Er will, wie seine Fraktion, das Streikrecht unter seinen Umständen beseitigen und keinen Angriff auf das Koalitionsrecht aufheben. Ausweitungen müsse man verhindern. Der Terrorismus des Streikpostens sei gering gegen jenen, der an Arbeitsstellen und anderen Orten gegen Arbeitswillige zur Anwendung gelange. Der Redner fordert Streikendarmen und schnellere und bessere Anwendung der bestehenden Gesetze. Der Abgeordnete Held, ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter, begründete die sozialdemokratische Interpellation. Den konservativen Antrag begründete Dr. Böhm. Der Minister des Innern, Graf Bismarck, greift auf eine Aussage des Abgeordneten Held über die kurze Ansprache des Königs bei der Verammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Leipzig zurück. Er hat selbst Aussagen so verstanden, als habe dieser dem König scharfmacherische Tendenz in Sachen der Arbeitswilligen unterworfen. Graf Bismarck betont, das sei eine gänzlich unberechtigte Unterstellung. Der König habe dem Verband lediglich einige freundliche Worte sagen wollen. Es habe ihm gänzlich fern gelegen, eine programmatische Erklärung abzugeben. Der Minister führte weiter aus: Das freie Koalitionsrecht, und zu ihr gehört das Streikpostenrecht, könne nach dem geltenden Gesetze nicht verboten werden, aber es darf kein Koalitionszwang gelöst werden. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit muß aufrecht erhalten werden. Das haben Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig zu beachten. Die Regierung wird für schärfere Gesetzgebung gegen den Koalitionszwang im Bundesrate eintreten. Bei großen Streiks wird das Ministerium des Innern ein genügend großes Gendarmeaufgebot in das Streikgebiet schicken und auf die Insinuation der Gendarmen besonderen Wert legen.

Bischof Schulte gegen Kardinal Kopp.

Die „Tägliche Rundschau“ hatte behauptet, der Brief des Kardinals Kopp sei nicht vollständig wiedergegeben worden. Es habe in dem Brief u. a. geheißen: „Ich kann nicht umhin, die von der „Kölnischen Volkszeitung“ versuchte Verbesserung des bischöflichen Schreibens zu mißbilligen.“ Sie wird in Köln, wo die „Kölnische Volkszeitung“ fleißig gelesen wird, vernehmen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt hierzu: Tatsächlich hat der von der „Täglichen Rundschau“ mitgeteilte Satz in dem ursprünglichen Schreiben des Herrn Kardinal Kopp an Dr. Porck gestanden. Als der Kardinal Kopp aber sich damit einverstanden erklärte, daß sein Brief an Dr. Porck einer beschränkten Öffentlichkeit übergeben würde (den Delegierten der Gewerkschaft in Essen), hat er selbst den gegen die „Kölnische Volkszeitung“ gerichteten Satz gestrichen und von der Veröffentlichung ausgeschlossen. Uns war die Verbesserung des Schreibens von hoher kirchlicher Seite zugegangen, aber wie wir ausdrücklich feststellen, nicht von dem Herrn Bischof von Baderborn. Die von Herrn Kardinal Kopp mitgeteilte Erklärung zur Enzyklika ging im übrigen viel weiter als der Artikel, der in der „Köln. Volksztg.“ erschien.

Allerlei vom Balkan.

Keine direkten Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei.

Aus Athen wird gemeldet: Die griechische Regierung hat es abgelehnt, wegen der Agäischen Inseln mit der Pforte in direkte Verhandlungen zu treten.

Die Dreihundmächte und die englische Note.

Aus Wien wird gemeldet: Der Zusatz zur englischen Note über die Inselfrage, daß die Mächte gegebenenfalls Schritte unternehmen sollen, um ihrem Willen Geltung zu verschaffen, hat die Dreihundmächte veranlaßt, sich über die Art dieser Schritte erst Gewißheit zu verschaffen, bevor sie der Mitteilung der Note in Konstantinopel und Athen zustimmen. Die Dreihundmächte haben die Zuteilung von Chios und Rhodene an Griechenland vor allen Dingen deshalb bemerkt, weil sie nichts tun wollen, was sie in einen Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei hineinziehen könnte. Sie wollen nun noch weniger einen Schritt tun, der sie zwingen könnte, gegen den einen oder

anderen Staat mit Machtmitteln vorzugehen. Die Verhandlungen darüber dürften einige Zeit in Anspruch nehmen.

Noch ein türkisch-bulgarisches Abkommen?

Der Londoner „Daily Telegraph“ behauptet in einer Athener Depesche die Tatsache eines geheimen Abkommens zwischen der Türkei und Bulgarien. — Weiterhin meldet das Blatt, daß in Athen Depeschen aus Kaselerio eingetroffen seien, die die Türkei hätte auf der dieser Insel gegenüberliegenden Seite starke Truppenmassen zusammengezogen. Die türkischen Soldaten hätten in verschiedenen Dörfern unerbörte Grausamkeiten an der griechischen Bevölkerung verübt.

Hierzu meldet der Draht noch aus Athen: Die ersten Mitteilungen über das Offensiv- und Defensiv-Bündnis begegneten zuerst wenig Glauben in hiesigen maßgebenden Kreisen. Jetzt soll man genaue Einzelheiten über den Vertrag in Händen haben, und man nimmt den 12. Januar als Datum der Vertragsunterzeichnung an. Es soll sich in ihm eine Klausel befinden, wonach Bulgarien der Türkei ganz Thrazien abtritt, wogegen Bulgarien das gesamte Makedonien erhält, das Griechenland und Serbien zugesallen war mit Ausnahme der Orte Chrida, Dibra, Prizrend und Pristina.

Ein Vorschub für die Türkei.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Das Finanzministerium verhandelt augenblicklich mit Berliner Finanzleuten über einen Vorschub von 400 000 türkischen Pfund auf die neue Anleihe.

Die neue Zentralregierung in Albanien.

Der durch die Auflösung der provisorischen Regierung in Albanien geschaffene interimistische Zustand einer Verwaltung des Landes durch die internationale Kontrollkommission hat durch die Schaffung einer neuen, strafferen Zentralregierung ein Ende gefunden.

Die aus Valona gemeldet wird, nahm die internationale Kontrollkommission am Donnerstag die Organisation der von ihr anstelle der provisorischen Regierung ernannten Zentralregierung vor. Von den früheren Ministerien wurden zwei, die jetzigen Direktionen des Ackerbaues und der öffentlichen Arbeiten, gänzlich aufgehoben, während die Ministerien der Justiz, der Finanzen, des Unterrichts sowie der Post- und Telegraphen aufrechterhalten bleiben. Dem Chef der Zentralregierung, Femi Bei, sind zwei Sekretäre, einer für die türkische und der andere für die europäischen Sprachen, sowie ein Archivbeamter, und den Direktoren je ein Sekretär beigegeben worden. Auf diese Weise ist die ganze frühere provisorische Regierung auf zwölf Beamte beschränkt worden. Bei den administrativen Behörden wurde nur eine Reform insofern vorgenommen, als die Stellen der Landesregierungsräte aufgehoben wurden. Die Kontrollkommission behält sich vor, die Direktoren, die Ministerialräte, die Zentralräte der Sandshahs sowie die Kaimakams und die Richter zu ernennen. Alle übrigen Beamten werden direkt vom Chef der Zentralregierung, Femi Bei, ernannt.

Kurze politische Nachrichten.

Das Entlassungsgesuch der Straßburger Regierung.

Aus Straßburg wird gemeldet: Die Regierung hat den Entschluß zum Austritt erst in der letzten Woche gefaßt. Daraus deutet ein Erlaß der Regierung hin, den diese vor zwei Wochen an alle Behörden richtete, wonach diese mit größerer Schärfe als bisher ihre Befugnisse ausüben sollten. Als Protest gegen die Verbesserung des durch seine Stellungnahme gegen den Kreisdirektor im Reuter-Prozess bekannten Gendarmehauptmann Schotte von Saarburg nach Bader hat die Budgetkommission die Posten sämtlicher Gendarmehauptleute abgelehnt.

Der Kampf um die völlige Sonntagsruhe.

In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe begründet ein Zentrumsmittglied einen Antrag, in Städten von über 50 000 Einwohnern völlige Sonntagsruhe einzuführen, in Städten von 20 000 bis 50 000 Einwohnern eine Beschäftigungsdauer von drei Stunden zu gestatten und in den kleineren Städten eine solche bis zu fünf Stunden zuzulassen. Des weiteren wurde vom Zentrum beantragt, die hohen Feste auch an den zwei-

ten Feiertagen unter völlige Sonntagsruhe zu stellen. Die Besprechung über die sogenannten Bedürfnisgewerbe (Milchhandlungen, Bäckereien, Fleischerie) wurde vorläufig ausgesetzt. Ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung will nur den Sonntag vor Weihnachten für den Verkehr freigeben, im übrigen aber völlige Sonntagsruhe. Ein Sozialdemokrat fordert Sonntagsruhe ohne Ausnahme, ebenso ein Nationalliberaler, und zwar ohne jeden Unterschied des Gewerbes; ein anderes nationalliberales Mitglied nimmt einen vermittelnden Standpunkt ein, ebenso ein fraktionsloses Mitglied, das in dem Entwurf kein Ideal sieht und voraussetzt, daß die vollständige Sonntagsruhe kommen müsse und kommen werde, aber anerkennt, daß sie zurzeit noch nicht durchführbar sei. Ein Regierungsvertreter verteidigt die Vorlage. Dann wird die Beratung abgebrochen und beschlossen, wöchentlich zwei Sitzungen abzuhalten.

Der „Abschiedsbrief“ an Hetermann.

Die Nationalliberale Fraktion des Deutschen Reichstags hat durch einstimmigen Beschluß das Hospitantenverhältnis zu dem Reichstagsabg. Hetermann im Hinblick auf dessen gestern im Reichstag gehaltene Rede gelöst. Herrn Hetermann ging folgendes Schreiben zu:

Berlin, den 29. Januar 1914.

Herrn Hetermann

teilen wir im Vollzug eines heute einstimmig gefaßten Beschlusses mit, daß die Fraktion im Hinblick auf Ihre heute in der Vollziehung des Reichstags gehaltene Rede das Hospitantenverhältnis zu Ihnen mit Wirkung von heute gelöst hat.

Achtungsvoll

Die Fraktion der Nationalliberalen Partei.

Der Vorsitzende:

(gez.) H. Hetermann.

Der Geschäftsführer:

(gez.) B. d. d.

Kein nationalliberaler Parteitag.

Die Nachricht, daß die Zentralleitung der Nationalliberalen Partei sich mit dem Gedanken der Einberufung eines Parteitags trage, ist unrichtig. Wohl aber wird Anfang März der Zentralvorstand der Partei zu der nächsten Frühjahrstagung in Berlin zusammentreten.

Zunächst keine Aufhebung des Schiedstempels.

Das Reichsfinanzamt hat die Petitionen und Eingaben betreffend die Aufhebung des Schiedstempels abgelehnt mit der Begründung, daß die 3 Millionen, die der Schiedstempel abwirft, zunächst nicht entbehrt werden können, da die neuen Ersatzsteuern erst im Jahre 1916 ihre Vollträge abwerfen werden. Der Schiedstempel wird also erst zum 31. Dezember 1916 aufgehoben werden.

Benizelos in Wien.

Aus Wien meldet der Draht: Der gestern nachmittag aus Berlin hier eingetroffene Ministerpräsident Benizelos hat im Gespräch mit maßgebenden Persönlichkeiten mitgeteilt, Griechenland verlange nur die bekannte kleine Grenzberichtigung in Süd-Albanien, wofür es bereit sei, Albanien eine Entschädigung von 5 Millionen Franken zu zahlen.

Der neue spanische Botschafter in Petersburg.

Anibal Murillo Graf von Cartagena ist zum spanischen Botschafter in Petersburg ernannt worden.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen in der Armee.

(Schluß.)

In Beurlaubtenstande: 18. Armee-Korps: Zu Oberleutnant wurden befördert die Leutnants der Reserve * Rink des Gren.-Reg. König Friedrich Wilhelm II. (1. Schles.) Nr. 10 (Hanau), * Schreiber des Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm II. (2. Großh. Hess.) Nr. 116 (1. Darmstadt), * Herbig (Hanau) und * Sauer (Worms) des Inf.-Reg. Prinz Carl (4. Großh. Hess.) Nr. 118, * Merton des Inf.-Reg. Landgraf Friedrich II. von Hessen-Homburg (2. Kurhess.) Nr. 14 (Frankfurt), * Kölling des 2. Westf. Feldart. Reg. Nr. 22 (Meißen), * Bier des 1. Rhein. Train-Bat. Nr. 8 (1. Darmstadt), die Leutnants * Wittke der Landwehr-Inf. 1. Aufg. (1. Darmstadt), * Schmitt der Landwehr-Feldart. 1. Aufg. (Hanau). Zu Leutnants der Reserve wurden befördert die Vizelfeldwebel bzw. Vizewachmeister * Rabbach, * Schmitt (Wiesbaden) und

Der Streit um Ibsens Jugendbriefe.

Aus Kristiania schreibt man uns: Um gewisse Jugendbriefe Ibsens ist ein Streit ausgebrochen, der in ganz Norwegen lebhaftes Interesse erregt und allgemein besprochen wird. Es handelt sich um folgendes: Als Ibsen, damals ein junger Mensch von etwa 27 Jahren, das Theater in Bergen leitete, sah er eine ernste Reizung für eine junge Bergenser Dame, Fräulein Dentrille (nicht, wie die norwegischen Blätter allgemein angeben, Dentrille), an die er dann eine ganze Reihe von Briefen und Gedichten richtete. Unter den Gedichten, zu denen ihn die junge Dame inspiriert hat, ist besonders bekannt das, welches anheißt: „Wir gehen an einem schönen Sommertage die Allee auf und ab“; übrigens aber liegt guter Grund zu der Annahme vor, daß die weibliche Hauptgestalt in der „Komödie der Liebe“ nach dem Modelle der Bergenser Liebe Ibsens geformt worden ist. Es wurde nun nichts zwischen den beiden, Fräulein D. heiratete einen tüchtigen Bergenser Kaufmann, Herrn L., als dessen Witwe die alte Dame, die jetzt dem 80. Lebensjahre nahe steht, noch jetzt in Bergen in voller Frische und Mithigkeit lebt. Ibsens Briefe, die allmählich zu einem ganz statischen Pakete angewachsen waren, hat Frau L. später einer für Literatur lebhaft interessierten Freundin, einer Frau Petersen, ausgereicht; sie mochte sich damals von diesem Andenken um so leichter trennen, als Ibsen über ihren Verrot Feuer und Flamme gewesen war. In späteren Jahren hat sich das einzige Liebespaar einmal wiedergesehen. Der inzwischen berühmte gewordene Dichter trat damals Frau L. mit voller Würde und großer Steifheit entgegen, aber die lebhafteste Frau brach den Bann, indem sie den einstigen Freund mit den temperamentvollen Worten anredete: „Du hast's eigentlich viel besser gehabt, als ich — du hast dein ganzes Leben Dramen schreiben können, während ich hier habe sitzen und Kinder aufpäppeln müssen“. Nun beabsichtigt der Sohn der gegenwärtigen Inhaberin jener Briefe Ibsens, ein junger Herr Petersen, der sich selbst als Dramatiker versucht hat, ihre Herausgabe. Damit hat er auf zwei Seiten starken Anstoß erregt. Frau L. als Adressatin der Briefe verweigert sehr entschieden ihre Zustimmung und hat gegen Frau Petersen eine Klage auf Herausgabe der ihr übergebenen Briefe anhängig gemacht. Auf der anderen Seite hat auch Dr. Sigurd Ibsen des Dichters Sohn, erklärt, daß die Briefe nicht ohne Zustimmung der Erben an die Öffentlichkeit gegeben werden

dürfen, und er hat sich das Recht einer Durchsicht der Briefe vor der Drucklegung vorbehalten.

Kleine Mitteilungen.

Das Komitee für Volkshochschulkurse und Volkshaltungskurse in Jena veranstaltet im großen Saal des Volkshauses eine Fichte-Gedächtnisfeier, die von etwa 1500 Personen aller Stände besucht war und einen erhebenden Verlauf nahm. Im Mittelpunkt stand die Gedächtnisrede von Professor Dr. Rudolf Eucken, dem gegenwärtigen Inhaber von Nichtes philosophischem Lehrstuhl. — In Berlin fand am 29. Januar eine Gedächtnisfeier an der Gruft des auf dem Dorotheenstädtischen Kirchhof ruhenden Philosophen statt. Unter Führung des Rektors der Universität Geheimrat Bland versammelten sich eine Anzahl Professoren, um dem ersten erwählten Rektor der Berliner Universität ihre Ehrdigung darzubringen. Im Kreise der Hochschullehrer bemerkte man u. a. Darnack, Stumpf und den Dekan der medizinischen Fakultät Geheimrat Passow. Professor Niehl hielt die Gedächtnisrede, nach deren Beendigung Rektor Bland einen Vorbeerkranz niederlegte.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ fand gestern in New-York die Eröffnung der Theaterkassen „Zabern“ von Theodor Schumacher im Adolf Philipp-Theater statt. Es kam hierbei zu lebhaften Kundgebungen. Die deutschfreundlichen Blätter New-Yorks kritisieren das Stück als hart übertrieben.

Buntes Feuilleton.

Allerhand Glücks- und Unglückszahlen. Eine ganze Reihe von Zahlen, hauptsächlich 3, 6, 7, 9 und 13 sind nach der Volksmeinung Glücks- und Unglückszahlen und seit Jahrhunderten kann man nun im Leben von Herrschern und berühmten Persönlichkeiten nicht selten das Vorherrschen einer dieser Zahlen nachweisen, wie eine hübsche Zusammenstellung einer englischen Wochenchrift zeigt. Für die Königin Viktoria hat die Zahl 9 — die ja auch die Schicksalszahl des Papstes Pius X. ist — eine große Bedeutung. Königin Viktoria ist der neunte Herrscher seit der Revolution im Jahre 1688. Sie bestieg mit 19 Jahren den Thron, und das Jahr der Thronbesteigung, 1807, hatte die Quersumme 19. Mit 19 Jahren verheiratete sie sich, ihr Sohn, König Eduard, wurde am 9. November geboren, und verheiratete sich im Jahre 1893, dessen beide Wäffeln die Quersumme 9 haben. Auch bei ihrem Enkel, Kaiser Wilhelm II., spielt die 9 eine Rolle: das Datum seines Ge-

burtsages, die 27, hat die Quersumme 9; sein Geburtsjahr hat die Endziffer 9, und ebenso haben die Jahre seines Eintritts ins Heer und des Abschlusses seines Universitätsstudiums die Endziffern 9. Das Jahr seiner Verheiratung (1891) läßt sich in zwei neunern zerlegen; überdies hat das Datum seines Hochzeitstages, der 27. Februar, die Quersumme 9. Richard Wagners Leben stand unter der Herrschaft der 13. Er wurde im Jahre 1813 geboren, das überdies die Quersumme 13 hat; sein Name besteht aus 13 Buchstaben, 13 ist die Anzahl seiner Singspiele; eines von diesen, der Tannhäuser, wurde am 13. April 1845 vollendet und am 13. März 1881 in Paris aufgeführt. Am 13. September 1861 verließ er Bayreuth und starb am 13. Februar. Die gleiche Zahl ist auch die Schicksalszahl des Polarforschers Nansen, aber für ihn eine Glückszahl. Auf seiner letzten großen Polarreise waren 13 Mann an Bord der „Fram“. Er brach am 13. März 1895 auf und am 13. März 1896 trat er die Rückreise aus dem ewigen Eise an. Nach seiner Rückkehr wurde er in Edinburgh von der geographischen Gesellschaft bewirtet, und zwar an deren 13. Jahrestage, dem 13. Februar. Bei dieser Feier erwähnte Nansen selbst das merkwürdige Zusammentreffen, daß während der Polarreise am 13. Dezember 13 junge Polarhunde zur Welt kamen. Für Bismarck schließlich gibt die angeführte Quelle die Zahl 3 als Schicksalszahl an. Schon der Wahlpruch des Hauses Bismarck, „in trinitate robur“, enthält die 3. Bismarck hat ferner 3 Kaiser gedient, in 3 großen Kriegen mitgewirkt und 3 Friedensverträge unterzeichnet. Er ist der Vater des Dreihundes, er hatte 3 Kinder, kurz die 3 spielt in seinem Leben eine große Rolle, ja sie findet sich sogar in der drolligen Legende von seinen drei Haaren!

Wiesbadener Büchermarkt.

(Nachdruck verboten.)

Heutzutage wird zweifellos zu viel geschrieben. So ist die Menge besonders der belletristischen Schriften und Romane ins Ungeheure angewachsen. Wie ein Märchen muten uns da die Verhältnisse an, wie sie im Anfang des 19. Jahrhunderts z. B. auf dem Wiesbadener Büchermarkt gebräuchlich waren. Im amtlichen Verzeichnisseblatt des damaligen Herzogtums Nassau vom Jahre 1812 findet man ein Verzeichnis der „Neuen Verlags- und Kommissionsbücherei von der Steinigen Buchhandlung in Nürnberg zur Dürnmesse 1812, welche in Wiesbaden zu haben sind.“ Es umfaßt nicht mehr als neun Werke, die zum großen

Hafner (Höchst) des Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurbess.) Nr. 80, * Reiffenstein, * Imgardt (I Frankfurt), * Ranschag (Mainz) und * Benrich (Hanau) des 2. Nassau. Inf.-Reg. Nr. 88, * Vast (Friedberg) des Inf.-Leib.-Reg. Großherzogin (3. Großh. Hess.) Nr. 117, * Reichardt (I Darmstadt) des Garde-Dr.-Reg. (I. Großh. Hess.) Nr. 28, * von Passavant (II Frankfurt) des Inf.-Reg. von Bieten (Brandenb.) Nr. 8, * vom Rath (II Frankfurt) des Inf.-Reg. König Wilhelm I. (I. Rhein.) Nr. 7, * Reih (II Frankfurt) des Braunschweig. Inf.-Reg. Nr. 17, * Grobe (I Darmstadt) und * Gottesleben (Mainz) des 1. Oberelss. Feldart.-Reg. Nr. 15, * Jee n i c k e (Wiesbaden) und * Vamberger (Mainz) des 1. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 27 Dranien, * Kremer (I Frankfurt) des Straßburger Feldart.-Reg. Nr. 84, * Siebel (Wiesbaden) des Kurbess. Train-Bat. Nr. 11, * Romig, Bismarck, (Wiesbaden), wurde zum Lt. der Landw.-Kav. 1. Aufg. befördert.

* Dr. Wagnund, überzähl. Gen.-Arzt, Div.-Arzt der 2. Garde-Div. und kommandiert zur Vertretung des Korpsarztes des 2. Armee-Korps, wurde zum Korpsarzt dieses Armee-Korps ernannt. * Dr. Parthen, Gen.-Oberarzt und Div.-Arzt der 15. Div., wurde der Charakter als Gen.-Arzt verliehen. * Dr. Hillemann, Ober-Arzt und Reg.-Arzt des Jäger-Reg. a. Pl. Nr. 6, wurde unter Beförderung zum Gen.-Oberarzt zum Div.-Arzt der 39. Div. ernannt. * Dr. Nidder, Stabsarzt und Chefarzt des Offizierheims Tammus, wurde ein Patent seines Diensthabens verliehen. Berufen wurden die Generaloberärzte und Divisionsärzte * Müller oder 29. Div., kommandiert zur Vertretung des Div.-Arztes der 2. Garde-Div., zu dieser Div., * Dr. Hahn der 30. Div. zur 29. Div., * Dr. Nidel der 30. Div. zur 30. Div., * Dr. Blumh. Ober-Stabs- und Reg.-Arzt des Inf.-Reg. von Bogen (5. Div.) Nr. 41, zum Jäger-Reg. a. Pl. Nr. 6. — * Grise, Unter-Veterinär bei der Militär-Veterinärakademie, wurde unter Beförderung zum Veterinär zum Thier. Med.-Reg. Nr. 6 berufen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 30. Januar.

Die Sonntagsruhe im deutschen Handelsgewerbe und der deutsche Reichstag.

Im Festsaal des katholischen Gesellenhauses hatten sich gestern ungefähr 200 Personen auf Einladung des Deutschen Handelsgehilfen-Verbandes eingefunden, um Stellung zu der durch die erste Sitzung des Gesellenrates betr. die Sonntagsruhe geschaffenen neuen Lage zu nehmen. Auch der Käuferbund zeigte sein Interesse an der Sache durch Teilnahme der Vorsitzenden, Frau von Harnersfeldt. Der Redner des Abends, Gauvortsteher Schellin aus Frankfurt a. M., rief zunächst seinen Zuhörern die Entschiedenheit des gegenwärtig in Geltung befindlichen Gesetzes und besonders den Umstand ins Gedächtnis, daß es den Gemeinden freisteht, die gesetzliche fünfjährige Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen. Von dieser Befugnis haben nur 300 Gemeinden Gebrauch gemacht, 43 davon haben eine Arbeitszeit eingeführt, die 2 Stunden und weniger umfaßt, und nur 16 haben die vollständige Sonntagsruhe zur Einführung gebracht. Der Redner folgert aus diesen Zahlen, daß die Gemeinden nicht berufen und nicht fähig sind, die Sonntagsruhe weiter einzuführen und besonders nicht dazu, die völlige Sonntagsruhe einzuführen. Wiesbaden hat bekanntlich die dreistündige Sonntagsarbeitszeit; weitergehende Wünsche sind aber in der Stadtverordnetenversammlung mit der Begründung abgelehnt worden, man könne die vollständige Sonntagsruhe nicht einführen, weil sonst die Käufer am Sonntag nach Mainz flüchten würden. Die Handelsgehilfen haben sich darauf nach Mainz mit dem Erlaß um Einführung der vollständigen Sonntagsruhe gewandt, aber dort gab man an, man könne den Wünschen nicht entgegenkommen, weil Dingen und Wörtern sonst den Mainzer Geschäftsleuten Konkurrenz machen würden; diese beiden Städte erklärten dann, ihre Statuten nicht ändern zu können wegen der Städte Alzen und Frankenthal. So ist es aber im ganzen deutschen Vaterlande. Die Handelsgehilfen werden von einer Ähr an die andere gewiesen. Die einzige Rettung bildet deshalb die reichsrechtliche Regelung. Obgleich dieselbe seit 1904 angeordnet und vorbereitet wird, ist es doch erst im November vorigen Jahres zu einer Vorlage an den Reichstag gekommen. Die Behandlung derselben in der ersten Lesung hat aber die Handelsgehilfen schwer enttäuscht, denn sie bringt keineswegs die völlige Sonntagsruhe, von der es in der Begründung des Gesetzes heißt, daß ihre Einführung zur Zeit nicht angängig wäre. Zu begreifen ist, daß auch die Gewerbetreibenden, die bisher durch die Vorschriften über die Sonntagsruhe nicht betroffen wurden, die Versicherungsbeamten usw. einbezogen werden und daß für den Großhandel indirekt die völlige Sonntagsruhe eingeführt werden soll. Zu verwerfen ist aber, daß für die Ladengeschäfte immer noch zwei Stunden Arbeit gestattet werden, daß die örtlichen Behörden wieder für eine weitere Einschränkung maßgebend sein sollen, weiter die Ausnahmebestimmung der Prokuristen und der sabbat-trenen jüdischen Kaufleute. Der Redner beschränkte dann die Behandlung des Gesetzes durch die verschiedenen Parteien im Reichstage, wobei Zentrum und Fortschritt am schlechtesten wegkamen und führte aus, daß von der Kommissionsberatung noch manches zu hoffen sei. Wie aber diese auch ausfallen möge, die Handelsgehilfen wollen sich nicht mit Abzugszahlungen und Verdrüßungen auf weitere Zeiten zufrieden geben, sondern sie verlangen schon jetzt die völlige Sonntagsruhe als ein sittliches und natürliches Recht. Dieses Recht begründete der Redner in fünf

geren Ausführungen, an deren Schluß eine Entschlie-
hung angenommen wurde, in der gesagt wird, daß die Ver-
sammlungen die Regierungsvorlage mit aller Entschieden-
heit ablehnen und daß sie an der völligen Sonntagsruhe,
trotz der kühlen Aufnahme, die dieses Verlangen im Reichs-
tage gefunden hat, festhalten. Sie bitten die Kommission,
die völlige Sonntagsruhe zu beschließen mit alleiniger
etwaiger Ausnahme einiger Bedürfnisgewerbe. Ebenso
bitten die Versammelten, den Prokuristen und Judenpara-
graphen abzulehnen. Diese Entschliebung wurde einstim-
mig angenommen. Es wurde sodann ein Aufruf von vier
Herren, an ihrer Spitze der hiesige Vertrauensmann des
D. H. B., Hermann, gewählt, der den Aufruf hat, dem
Reichstagsabgeordneten des Kreises, Herrn Geheimen
Kommerzienrat Hartling, die Wünsche der Handelsge-
hilfen vorzutragen. Auch dieser Beschluß fand einstim-
mige Annahme. Der Käuferbund ließ erklären, daß er
sich im Sinne der gefassten Entschliebung gleichfalls mit
einer Eingabe an den Reichstag wenden wolle.

Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden.

In einer Annonce verweist der Kassenvorstand darauf,
daß, abgesehen von dringenden Fällen, ein Mitglied den
Kassenarzt nur in Anspruch nehmen darf, wenn es sich vor-
her nach § 39 der Kassensatzung vorgeschriebenen
Arztbescheinigung (Legitimation dem Arzt gegenüber) hat auf dem
Kassenbureau ausstellen lassen. Ein Verzeichnis über die
für die Kasse tätigen Ärzte ist bei der Geschäftsstelle zu
haben.

Es erscheint darum von Interesse, mit Rücksicht auf die
Ausdehnung, die mit der Inkraftsetzung der Reichsversiche-
rungsordnung der Kreis der Versicherten genommen hat,
an dieser Stelle in großen Zügen die Mitglieder mit den
Hauptbestimmungen der Kasse im Erkrankungsfall ver-
traut zu machen.

Beitritt Arbeitsunfähigkeit, dann wird dies vom Kassen-
arzte auf dem Krankenchein vermerkt und dem kranken
Mitglied vom Arzt mitgeteilt. Dieser Krankenchein ist
auf dem Kassenbureau sofort einzureichen, worauf dem er-
krankten Mitgliede durch den Kontrolleur eine Kranken-
karte zugestellt wird. Auf Grund dieses vom Arzte all-
wöchentlich auszufüllenden Krankenscheines erfolgt dann
Samstags in den Stunden von 9 Uhr vormittags bis 1 1/2
Uhr nachmittags die Auszahlung des Krankengeldes. Den
Anordnungen des Arztes haben erkrankte Mitglieder Folge
zu leisten und dürfen erwerbsunfähige Kranke ihre Woh-
nung nur in den erlaubten Ausgangesstunden verlassen.
Befristete Kranke müssen den Kassenarzt in der Sprech-
stunde aufsuchen und ist kein Kassenarzt verpflichtet, ohne
den Ausweischein die Behandlung zu übernehmen. Fern-
er darf ein erkranktes Mitglied während einer Krank-
heit den Kassenbezirk nicht verlassen. Mit Zustimmung des
Mitgliedes kann die Einweisung in ein Krankenhaus er-
folgen, und bedarf es der Zustimmung nicht, wenn die Art
der Krankheit eine Kuratilspflege verlangt, die Krankheit
aufsteckend ist oder der Zustand oder das Verhalten des
Kranken eine Beobachtung erfordert. Bei dieser Kranken-
hauspflege erhält ein Versicherter, wenn er bisher seine
Angehörigen ganz oder überwiegend unterhalten hat,
nebenher noch ein Hausgeld im Betrage des halben Kran-
kengeldes gezahlt. Versicherte, die auf dieses Hausgeld
keinen Anspruch erheben können, erhalten neben der
Krankenhauspflege ein Taschengeld in Höhe von einem
Zehntel des Grundlohnes. Sollte bei der Entlassung aus
dem Krankenhaus die Krankheit noch nicht abgeklungen
sein, dann muß das Mitglied wieder in die Behandlung
des erst behandelnden Arztes sich begeben. Verweigert ein
Mitglied die berechnete Einweisung in ein Krankenhaus,
dann verliert es für die Dauer dieser Verweigerung
sämtliche Ansprüche an die Kasse. Erkrankt ein Mitglied
außerhalb des Kassenbezirks, dann muß es seine Krank-
meldung der Geschäftsstelle sofort einreichen, worauf ihm
weitere Mitteilung geht. In solchen Fällen steht der
Kasse das Recht zu, die Verpflegung des erkrankten Mit-
gliedes einer Ortskrankenkasse zu überweisen, in deren Be-
zirk sich das Mitglied aufhält. Den Krankenbesuchern ist
der Zutritt zur Wohnung des Kranken jederzeit zu gestat-
ten, es sei denn, daß es seitens des behandelnden Arztes
nicht erwünscht ist. Ist ein Mitglied wieder hergestellt, so
hat es die vom Arzte ausgestellte Bescheinigung dem
Bureau sofort zu übermitteln.

Verstöße gegen diese Bestimmungen können in der Höhe
bis zum dreifachen Betrage des Krankengeldes Strafe nach
sich ziehen, wobei auf Beschwerde der Magistrat, Versiche-
rungsamt, endgültig entscheidet.

Anonyme Briefe. In letzter Zeit sind an den Rektor
der Universität Bonn und an verschiedene Professoren
anonyme Briefe gesandt worden, die die schwersten Belei-
digungen und in Wort und Bild Unstiflichkeiten der
schlimmsten Art darstellten. Nach längeren Bemühungen
ist es nun gelungen, zwei aus Wiesbaden stammende Stu-
denten als Täter zu ermitteln und zu verhaften.

Die Wahl des 1. Vorsitzenden der Ortskrankenkasse, die
gestern stattfand, sollte, ist noch nicht zustande gekommen.
Ueber die Wahlverfahren ist in den beteiligten Schweige-
pflicht auferlegt worden. Sobald die Wahl erledigt ist, wird
eine offizielle Mitteilung der Ortskrankenkasse durch die
Presse erfolgen. Zum 2. Vorsitzenden wurde der bisherige
2. Vorsitzende, der sozialdemokratische Redakteur Lieser,
gewählt.

Zur gemeinsamen Kaisergeburtstagsfeier hatten sich am
26. Januar der Krieger- und Reserveverein, der Krieger-
und Militärverein Fürst Otto von Bismarck und der
Marineverein im Saale des katholischen Gesellenhauses zu-
sammengesunden, um in echt kameradschaftlicher Weise ihren
höchsten Festtag feierlich zu begehen. An der dichtbesetzten
Ehrenstafel hatten u. a. Platz genommen: Polizeipräsident
v. Schend, viele Offiziere des Garnisons und des Bezirks-
kommandos sowie ein reizender Kranz lieblicher Damen.
Der eindrucksvolle von Hr. Remsberger mit jugend-
lichem Feuer gesprochene Prolog, die warmherzige Be-
grüßungsrede des Stabsarztes d. L. Dr. Otto und die zün-
dende und feindurchdringende Kaiserrede des Reumants d. R.
Hagen leiteten das Fest wirkungsvoll ein. Die prächtigen
Vorträge des Gesangsvereins Sängerrunde unter der un-
mühtigen Leitung des Kameraden Remsberger, die künst-
lerisch ausgeführten Sopranrollen von Frau Anna Röbber
und das virtuose Cello solo von Zahnarzt Bentner verfeh-
ten ihren erhebenden Eindruck nicht. Ein flott gespieltes
Theaterstück, vorzüglich einstudiert, und der Ball bildeten
den würdigen Schluß der glänzend verlaufenen Feier.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Königliches Theater. Die Reihenfolge der
Abonnementstickets für die nächste Woche ist folgende:
Sonntag C, Montag D, Dienstag A, Mittwoch B, Don-
nerstag C, Freitag A, Samstag D, Sonntag B, Montag C.
Residenztheater. Der Samstag bringt die er-
stmalige Aufführung des neuesten Schwanke von Curt

Kraak, „Hochgehoben“, der schon an einer Reihe von Büh-
nen mit glänzendem Erfolg gegeben wurde. Das Werk ent-
hält zahlreiche Anspielungen auf ein sehr aktuelles Thema
(„Parfital“), das in ergötzlicher Weise behandelt wird; er
wird am Sonntag Abend zum erstenmal wiederholt. Am
Sonntag Nachmittag wird Maeterlinds Schauspiel „Donna
Banna“ zu halben Preisen gegeben.

Kurtheater (Walhalla). Ab 2. Februar gastiert hier
das Dr. v. Krüger-Scetch-Ensemble, welches die neuesten
Schlager auf dem Gebiete der Theater- und Kabarett-Kunst
mitbringt. Dem Programm gehören außer den Scetchs
noch eine Reihe hervorragender Solofrühe an. Als
Attraktion gelangt die einaaktige Operette „Mik Cora“ von
Dr. Krüger zur Aufführung, welche noch überall einen
durchschlagenden Erfolg erzielt.

Wohltätigkeits-Konzert. Am Sonntag, den
8. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet der „Philharmonische
Verein“ im Auftrage des Komitees für ein Wohltätigkeits-
Konzert zum Nutzen der Asylstiftung Frauenasyl-Linden-
haus (Cäcilienhaus) ein Kirchen-Konzert. Das Programm
weist seltene und musikalisch wertvolle Werke, für Streich-
orchester mit Orgel und für gemischten Chor, von Bach,
Händel, Mendelssohn, Schumann, Gounod und Dorn auf. Die
Leitung des Ganzen liegt in den bewährten Händen des
Vereins-Kapellmeisters Herrn Organisten R. Joch. Es
wäre dem dankenswerten Unternehmen durch allseitigen
Besuch von Seiten der Einwohner Wiesbadens ein aus-
gezeichnet Erfolg zu wünschen.

Evangelischer Arbeiter-Verein Wies-
baden, gegr. 1897. Sonntag, 1. Febr., abends 8 Uhr, findet
im Gemeindehause, Steingasse 9, die Feier des Geburts-
tages des Kaisers statt, worauf nochmals hingewiesen sei.
Der Rheinländer-Verein E. V. veranstaltet
am Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, seinen dies-
jährigen Maskenball. Das Fest, als „Kölner Witten-Ball“
gedacht, findet in dem nährlich dekorierten Festsaal des
kath. Gesellenhauses, Dohlemer Straße 24, statt. Saal-
öffnung 8 Uhr.

Aus den Vororten.

Erbenheim.

In der Gemeindevertretersitzung wurde dem Vorschlag
der Regierung wegen der Krankenversicherung der ver-
sicherungspflichtigen Lehrer und Lehrerinnen zugestimmt.
Mit dem hiesigen Turnverein wird ein Vertrag abge-
schlossen und die Kosten der Verpflegung des Gerätehauses
vom hiesigen Turnplatz nach dem Hofe der neuen Schule
übernommen. Auf ein Gesuch des Gefäß- und
Kaminheizungsvereins zwecks Ueberlassung eines Stück Ge-
meindelandes (Feldweg) zur Errichtung einer Gefäß- und
Kaminheizungsstation wird stattgegeben und demselben
ein Stück Land neben dem Besitzum der Frau Voos in der
Kengasse angewiesen. (Von letzterer hat der Verein dort
bereits ein Grundstück zu diesem Zwecke gepachtet.) Ein
Gesuch des Herrn Georg Peter Stein in der unteren Frank-
furter Straße um Genehmigung zur Legung eines Kanals
durch die Frankfurter Straße zwecks Entwässerung seines
Grundstücks wird an den Gemeinderat verwiesen. Die am
24. Januar im Distrikt Kallborn abgehaltene Holzver-
steigerung wird mit einem Erlös von 875,60 M. genehmigt.

Nassau und Nachbargebiete.

Ein uneigennützigter Bürgermeister gestorben.

In Oßheim in der Rhön starb im 66. Lebensjahre Bür-
germeister Richard Streng, der achtundzwanzig Jahre an
der Spitze der Stadt mit größter Umsicht und Energie ge-
standen und manche Errungenschaft der Neuzeit, wie
Wasserleitung, Kanalisation, elektrisches Licht usw., in der
Gemeinde eingeführt hat. Noch im Oktober vorigen Jah-
res, als der Bezirksauschuß sein Geschäft erneut auf 2000
Mark jährlich festsetzte, wehrte Streng sich energisch dagegen
und wollte sich nur mit 2200 Mark begnügen. Die restlichen
400 Mark, so verfügte er, sollten seinem Stellvertreter so-
wie den Unterbeamten und Bediensteten der Stadt im
Verhältnis zugeteilt kommen. Der Gemeinderat akzeptierte
diese Selbstlosigkeit und gab seine Zustimmung dazu. Die
Stadt Oßheim trauert um ihren hochverdienten und un-
eigennützigsten Leiter, der bereits von 1870 bis 1886 das Stadt-
fämmereramt und von da ab das Bürgermeisteramt in Oß-
heim bekleidet hat.

Delfenheim, 29. Jan. Der Männerge-
sangsverein Eintracht hielt am 27. Januar seine Gene-
ralversammlung ab. Die Kassenverhältnisse sind sehr
günstig. Kapellmeister Czane, der den Verein zehn Jahre
leitete, wurde einstimmig zum Ehrenbürger ernannt. Die
Vorstandswahl brachte zum erstenmal seit hiebzehn
Jahren größere Veränderung. Der alte Präsident, Herr
Heinrich Weg, der jetzt in der Gemeinde als Wachtmeister
angestellt ist, legte sein Amt nieder. In ihm verlor der
Verein einen eifrigen Förderer. Er wurde einstimmig zum
Ehrenpräsidenten ernannt. An seine Stelle tritt der lang-
jährige Vizepräsident, Sattlermeister Pflug, dem man
auch die Geschicke des Vereins getrost in die Hände legen
kann. Als 2. Vorsitzender wurde Karl Gärtner, als Kai-
serlicher Wilhelm-Kugler gewählt. Die übrigen Herren
wurden wiedergewählt. Am 28. Januar trat der Verein in sein
25. Gründungsjahr, das er am 12. Juli d. J. feierlich begehen
wird. Der bestbewährte Dirigent, Herr Bauer, der den Ver-
ein jetzt schon zwölf Jahre leitet, hat bereits mit der Ein-
führung der Festchor begonnen. Den Gründern ist eine
Ehrung zugebracht.

k. Niederjochbach, 29. Jan. Der Krieger- und
Militärverein hält am kommenden Sonntag im Saal
„Zur Krone“ seine Kaisergeburtstagsfeier ab.

k. Rodenhäuser, 29. Jan. Winterfest. Opfer der
Kälte. Am 8. Februar hält der Turnverein sein
Winterfest im großen Saale des „Nassauer Hofes“ ab. — Ein
Opfer der Kälte wurde ein Handwerksbursche, der in
Bremthal im Stalle des Gastwirts Ernst Karb. Da der
Bedauernswerte keine Papiere bei sich führte, konnten bis
jetzt seine Personalien noch nicht festgestellt werden. Der
Verstorbene wurde photographiert und nach Freilassung der
Staatsanwaltschaft auf dem Bremthaler Friedhof beerdigt.

Z. Nassau, 30. Jan. Die Direktion der Nassau-
ischen Landesbank teilte auf die Eingabe der hie-
sigen Gewerbetreibenden, das neue Landesbankgebäude
nicht im neuen städtischen Wohnungsgebiet, sondern im
Interesse des geschäftlichen Verkehrs in der Mitte der Stadt,
am Adelsheimer Hof, zu errichten, mit, daß sie nicht be-
absichtigt, von dem Tauschangebot Gebrauch zu machen, son-
dern an dem käuflich erworbenen Bauplatz am

Magen- und Darmleidende trinken

Frühstück und Vesper **Notulin** — Noths Nährmalz-Kolao. — Es
besitzt höchste Nährkraft und wirkt niemals verstopfend.

In allen Apotheken das Pfd. zu Mk. 1.60 zu haben.

Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. 546

Teil noch Spezialgebiete behandeln, wie z. B. „Die zweck-
mäßige Einrichtung der Registraturen“, die dermal wichtig-
sten „Finanzverbesserungen in Deutschland“, „Die Zuerkaf-
fation aus Kunststrahlen“, „Ein Fragment von militärpo-
litischen Aufsätzen eines bairischen Majors“ und eine Reise-
beschreibung „Von Bucharest, der Hauptstadt in der Balkan-
schen, ... bis gegen die Grenzen von Rumelien“. Selbst
ein „Reisebuch, lies Best mit 19 Kupferstichen“ war in das
Verzeichnis aufgenommen.

Ein anderer Verleger, Georg Friedrich Heyer von
Gießen, hatte damals nur drei Werke anzupreisen, u. a. ein
ausführliches Handbuch über das napoleonische Gesetzbuch
(welches zu dieser Zeit auf dem linken Rheinufer in Gel-
tung war, wo es erst im Jahre 1900 durch das Bürgerliche
Gesetzbuch verdrängt wurde). Von „neuer, schöner Lite-
ratur konnte der Verleger nicht mehr als ein Werk an-
preisen, und zwar: „Marie, ein Roman von August Frei-
herrn von Steigensfeld, 2 Teile, mit 2 Kupfern, Gießen
1812“. Diese „liebliche, anziehende Dichtung eines unserer
deutschen Lieblingsdichter“, von der der Verleger besonders
hervorhob, daß sie „dem gebildeten lesenden Publikum einen
um so höheren Genuß gewähren (werde), als die letzte
Wespe dergleichen so wenig dargebracht“ habe, und bei der
„Druck und Papier nicht 2 trefflichen Kupfern vereinigt
worden (waren), um auch das Äußere dieses schönen Kunst-
werkes seinem inneren Gehalt entsprechend darzustellen“,
kostete 4 Gulden 42 Kreuzer (= etwa 8 M. 10 Pf.), ein für
damalige Verhältnisse recht teurer Preis. Auch dieses Buch
war, was der Verlag besonders hervorhob, in Wiesbaden
zu haben.

Adelsheimer Hof festhalte. Diese Nachricht ist in der Gesellschaft mit großer Befriedigung aufgenommen worden.

r. Limburg, 29. Jan. Ehrende Auszeichnung eines Schülers. Bei dem Bestatzt des Gymnasiums am Kaisergeburtstag wurde dem dreizehnjährigen Terhaner Otto Kehler von hier, der in diesem Herbst einen Knaben aus der Lahn vom Tode des Ertrinkens rettete, in lobender Anerkennung dieser mutigen Tat einer der dem Gymnasium vom Kaiser gestifteten beiden Ehrenpreise — ein Werk über die Marine — zuerkannt.

r. Lindenholzhausen, 29. Jan. Tödlicher Unfall. Heute Nachmittag verunglückte der Eisenbahnwerkstättenarbeiter Hubert Otto von hier im Rangierbahnhof der Hauptwerkstätte in Limburg, indem er zwischen die Puffer von Wagen geriet. Infolge der hierbei erlittenen schweren inneren Verletzungen trat der Tod alsbald ein. Otto war 39 Jahre alt; er hinterläßt eine Witwe und sechs Kinder im Alter von 2 bis 11 Jahren.

□ Aulenhansen (Oberlahnfreis), Unglücksfall. Gestern war der Gastwirt Adolf Haibach von hier mit Jachtfahrt beschäftigt. Infolge der Glätte der gefrorenen Wege kam das Pferd zu Fall und der Wagen stürzte um. Haibach kam unter das Pferd zu liegen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach Gießen in die Klinik gebracht werden mußte.

□ Merenberg, 29. Jan. Der Turnverein beabsichtigt, am 12. und 13. Juli seine Fahnenweihe abzuhalten. **Rm. Darmstadt, 29. Jan.** Eine Hausung in der Redaktion des sozialdemokratischen „Volksfreund“ fand heute auf Veranlassung der Militärbehörden statt. Man sucht nach dem Verfasser eines Schriftstücks, das zu Ende des vorigen Jahres über eine vorchriftswidrige Behandlung eines Rekruten des Infanterieregiments Nr. 115 Einzelheiten, die angeblich nicht den Tatsachen entsprachen, enthielt und dem „Volksfreund“ auf den Tisch geflogen ist. Die Nachsuche war ergebnislos.

Gericht und Rechtssprechung.

Der wilde Mann. Der Schuhmacher Anton Br. von hier sollte sich wegen Diebstahls heute vor der Strafkammer verantworten. Dort geberdete er sich wie ein Wilder und wollte nicht in die Anklagebank. Als er schließlich gefesselt von zwei Beamten hineingebracht wurde, wollte er aus ihr nicht heraus, als das Gericht die Verhandlung vertagte, weil Br. nicht verhandlungsfähig war. Der Angeklagte hat sich auch noch wegen Raubdes in Nürnberg zu verantworten.

h. Verurteilung eines Arztes. Effen, 29. Jan. Das Schwurgericht verurteilte heute nach neuntägiger Verhandlung einen praktischen Arzt aus Gelsenkirchen wegen Verbrechen gegen das leibende Leben und gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte zweieinhalb Jahre beantragt. Sieben Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht. Von vier mitangeklagten jungen Mädchen wurde eines zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen mangels Beweisen freigesprochen.

F.C. Der König braucht halt Geld. so rief ironisch der Schreiner Wirthheim in Hammelburg, der wegen fahrlässiger Verhinderung des Ofens in seiner Werkstatt von den Schöffen in eine Geldstrafe verurteilt wurde. Diese nahmen ihn wegen dieser Äußerung erneut am Schöffentisch und steckten ihn sofort einen Tag ins Rittchen.

Sport.

Der Graditzer Rennstall gibt jetzt seine Trainingsliste bekannt, die insgesamt 37 Pferde umfaßt. Laut Bestimmung des Landwirtschafts-Ministeriums soll der Stall nur 35 Pferde umfassen. Uebrigens sind der dreijährige Grissparzer und der zweijährige Longobardo, die in England von dem früheren Graditzer Trainer A. Don gearbeitet werden. Von älteren Pferden bleiben außer dem vierjährigen Laudon noch der fünfjährige Granat und der im Vorjahre mit großem Erfolg in England gelaufene Gyllon im Training, doch sind die letzteren beiden nur für internationale Rennen bestimmt. Die Trainingsliste umfaßt ferner 12 dreijährige und nicht weniger als 20 zweijährige Pferde. Von dem jungen Nachwuchs des Stalles stammen 6 von Galus, 4 von Ruage, je 2 von Hannibal, Ard Patrid und Walter More, während sich der Rest auf die Deckhengste William Rufus, Hammurabi, Vinton und Radium verteilt.

Zur Abrechnung des Reichszuschusses für die VI. Olympiade. Alle deutschen Sportverbände und ihre Unterstellen sind einmütig in der Unterstützung der vom Deutschen Reichszuschuss für Olympische Spiele an das Plenum des Reichstages gerichteten Petition auf Wiedereinsetzung der vom Reichsamt des Innern beantragten Summe von 200 000 M. für die sportlichen Vorbereitungen zur VI. Olympiade. Außer den vielen bereits veröffentlichten Korporationen haben jetzt noch der Bezirk Baden des Jungdeutschland-Bundes, der Königlich Württembergische Jacht-Club und der Großherzoglich Badische Jacht-Club in diesem Sinne Petitionen an den Deutschen Reichstag gerichtet.

Zwischenrundenspiel um den Kronprinzenpokal. Der Norddeutsche Fußball-Verband hielt am Mittwochabend in

Hamburg gemeinschaftlich mit dem Spielausschuß eine Vorstandssitzung ab, bei der zu der auf dem letzten Bundestage des Deutschen Fußballbundes gefassten Resolution betreffs des Zwischenrundenspiels um den Kronprinzenpokal gegen Berlin endgültig Stellung genommen wurde. Nach längerer Debatte beschloß man, das bereits kampflos gewonnene Zwischenrundenspiel nachträglich auszutragen, wenn der Berliner Verband als Spielfort Hamburg anerkennen will. Auf der Bundesversammlung in Kassel war in Aussicht genommen, das Spiel in Hannover zu entscheiden. Der Berliner Verband wird nunmehr spätestens am Samstag seine Entscheidung fällen müssen. Es ist wohl anzunehmen, daß Berlin das Entgegenkommen des Norddeutschen Fußball-Verbandes anerkennt und am 8. Februar in Hamburg mit seiner repräsentativen Mannschaft antreten wird.

Vermischtes.

Blutbad in Württemberg.

Aus Biberach wird gemeldet: Der Möbelfabrikant und Altertümerhändler Karl Bauer stand am Donnerstagabend mit dem Holzbildhauer Herberts in Verhandlungen zwecks Ankaufs zweier altertümlicher Bilder in seinem Geschäft. Plötzlich forderte Herberts von Bauer alles Geld, das er zu Hause habe. Es entspann sich ein Kampf, bei dem Bauer zahlreiche Stiche mit einem Stilet und zwei Messern in den Unterleib erhielt. Vor Eintreffen von Hilfe floh Bauer. Herberts tötete sich sodann durch einen Revolverkugeln in die Schläfe.

Fleischvergiftung.

Wie aus Arras gemeldet wird, sind im französischen Infanterieregiment Nr. 3 zahlreiche Erkrankungen nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch vorgekommen. 25 Soldaten mußten sich in bedenklichem Zustande ins Lazarett begeben.

Ein Schiff in Not.

Aus Gibraltar wird gemeldet: Der englische Dampfer „Rascluna“, der nach Ägypten mit Petroleum unterwegs war, ist am Kap Marteau aufgelaufen. Man befürchtet, daß das Schiff verloren ist.

Ein Missionar ermordet.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist ein englischer Missionar von den chinesischen Rebellen ermordet worden. Zwei andere Missionare wurden von den Rebellen entführt und als Geiseln zurückgehalten. Vor kurzem wurde in Schanghai die Frau eines bekannten deutschen Gewerbetreibenden, Frau Emma Müller, ermordet. Die Lage in dieser wichtigen Hafenstadt scheint also sehr unsicher zu sein.

Neues Verbrechen der „Schwarzen Hand“.

Aus New-York wird gemeldet: Die Bande der Schwarzen Hand, von der man seit längerer Zeit nichts vernahm, hat durch eine neue Entführung von sich reden gemacht. Am 27. Januar verschwand plötzlich aus New-York ein reicher Kalifornier, namens Francis Clark. Die Familie glaubte, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei, und hatte jede Hoffnung aufgegeben, ihn je lebend wiederzusehen. Jetzt erhielt der Polizeichef in Los Angeles einen Brief der „Schwarzen Hand“, in dem ihm diese die Festnahme Clarks ankündigt und zugleich ein Lösegeld von 200 000 Franken für die Freigabe Clarks verlangt. Die Bande befahl noch die Unverletzlichkeit, den Polizeichef zu bitten, die Unterhandlungen zwischen ihr und der Familie Clark zu führen. Die Gattin Clarks erklärte sich bereit, das Lösegeld zu entrichten.

Lebte Drahtnachrichten.

Zur Kritik im Elak.

Der Draht meldet aus Berlin: In unterrichteten politischen Kreisen wird angenommen, daß die Entscheidung des Kaisers über den Regierungswechsel im Reichslande im Laufe des heutigen Tages fallen wird. Die Publikation dürfte dann heute oder morgen erfolgen. Man glaubt zu wissen, daß im Vordergrund der Erwägungen der maßgebenden Persönlichkeiten eine Kombination steht, nach der als Statthalter ein preussischer Prinz, wahrscheinlich Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, eingesetzt werden soll. Dem Prinzen soll eine energische Persönlichkeit als Staatssekretär beigegeben werden, die zugleich die Verwaltung des Innern führen wird.

Eisenbahnunfall.

Aus Stettin meldet der Draht: Heute früh stießen auf der Eisenbahnstrecke Stettin-Rinkenwalde zwei aus verschiedener Richtung kommende Güterzüge zusammen, wobei eine der Lokomotiven und 11 Güterwagen entgleisten. 6 Wagen wurden vollständig zertrümmert und die anderen stark beschädigt. 10 Personen des Zugpersonals erlitten leichte Verletzungen.

Die verhängnisvolle Postkelle.

Aus Madrid wird gemeldet: Nach einer Meldung aus Lugo in Nord-Spanien hatten Dorfbewohner vergiftetes Rindfleisch als Nahrungsmittel für Böse hingeworfen. Eine Zigeunerbande, die das Fleisch fand, verzehrte es. Die Wirkung war verheerend. Der größte Teil der Zigeuner, 20 an der Zahl, starb bald darauf.

Die neuen Gewitter am Balkan.

Man drahtet aus Wien: Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Janina: In den von den Orleichen besetzten Gebieten zeigen die „heiligen Patriarchen“ eine erhöhte Tätigkeit. An vielen Orten unternehmen sie täglich Exerzitionen und Schießübungen. Es ist Vorkehrung getroffen worden, daß die Gegend von Agrocastro ganz besonders streng bewacht und stark besetzt wird. Die Gegend bei Gusha ist am schwächsten besetzt und werden daher Verstärkungen dorthin entsendet.

2000 Personen vermisst.

Aus Rio de Janeiro meldet der Draht: Telegramme aus dem Staate Bahia (Brasilien) melden, daß eine ganze Reihe von Städten durch das Anwachsen der Flüsse während der Schneeschmelze überflutet worden sind. Viele Häuser sind eingestürzt und haben zahlreiche Menschen unter ihren Trümmern begraben. Ca. 2000 Personen werden vermisst. Der Verkehr ist vollkommen unterbrochen.

Frankfurter Börse

vom 30. Januar.

Das Ergebnis der gestern geschlossenen Zeichnung auf die neuen preussischen Schatzanweisungen wird erst heute abend oder morgen früh vollkommen zu übersehen sein; fest steht aber schon, daß die Anleihe vielfach überzeichnet.

Dieser glänzende Erfolg und die im unmittelbaren Zusammenhang eingetretene Aufwärtsbewegung der heimischen Fonds haben die Aufmerksamkeit wieder mehr auf unsere Banken hingelenkt und auf den aus der Besserung des allgemeinen Marktstandes resultierenden Gewinn. Die Dankenhautte konnte heute in verhältnißmäßig Tempo Fortschritte machen; daneben erhielt sich Festigkeit für Montanwerte, Laurahütte erzielte weitere Avancen. Ebenso waren elektrische Werte weiter gebessert.

Auf dem Fondsmarkt sind die dreiprozentigen Anleihen 0.30 höher.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist der aufgelegte Betrag von 350 Millionen Schatzanweisungen siebzigmal gezeichnet worden.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Weinzeitung.

Die Nikotinbekämpfung der Rebschädlinge.

In der Abgeordnetenhausung vom 24. Januar hat, wie schon kurz gemeldet, Abgeordneter v. Heimbürg den Minister um Bewilligung von 70 000 M. für Versuch mit dem Fischelischen Mittel gegen den Heu- und Säuerwurm gebeten. Dieser Betrag soll dazu dienen, auf dem Gesamtareal des Weinbaues in Deutschland — 200 Hektar — die bisher nur im Kleinen unternommenen Versuche zur Ausföhrung zu bringen. Wegen der Bedeutung, die der Frage der rationalen Rebschädlingbekämpfung für die gesamten Weinbaugebiete zukommt, geben wir im folgenden den Wortlaut der Rede wieder. Abgeordnete v. Heimbürg führte aus:

Bei der Beipröhung der Vehranchalt für Ob- und Gartenbau in Geisenheim und auch jetzt von den beiden Vorrednern ist auf die bedrängte Lage unseres Winerhandes hingewiesen worden. Namens meiner politischen Freunde möchte ich auch auf diese außerordentlich ungünstige wirtschaftliche Lage des Winerhandes aufmerksam machen und bitte die königliche Staatsregierung, ihre Fürsorge nach wie vor diesem bedrängten Stande zuteil werden zu lassen. Das Jahr 1911 hat ja Qualitätswein gebracht, aber diese ledigliche Qualität hat doch unserem Winerhand nicht wieder auf die Beine helfen können; dafür lag er zu sehr darnieder. Die Mikernten der Jahre 1912 und 1913 haben diese bedrängte Lage noch verschlimmert. Im Jahre 1913 ist im allgemeinen nur ein Zwanzigstel-Herbst geerntet worden — ich spreche hier vom Rhein und vom Main, während die beiden Vorredner von der Mosel gesprochen haben — und stellenweise, wie in Geisenheim, ist eine völlige Mikernte zu verzeichnen. In Johannisberg zum Beispiel gab es nur einen Zwölftel-Herbst, in Hochheim einen Zwanzigstel- und in Eberbach einen Zehntel-Herbst. Die

1811

erwarb Mathias Müller den Frl. von Solernischen Hof in Elville

Seit 100 Jahren

blüht der Name „Mathias Müller“ für Güte, langes Lager und größte Bekömmlichkeit.

1911

erwarb Mathias Müller den Frl. von Solernischen Hof in Elville

Müller
Extra

Am 26. Januar: Rentner Herr | Aeger, geb. Werker, 51 J. Kauf-
Edm., 80 J. Ehefrau Margarete | mann Hermann Leonhard, 87 J.

Umrechnung: Pf. St. = M. 20.40. || Fr. Lire, Peseta, Lei = M. 0.80. || Oest. fl. (Gold) = M. 2. || 1 öst. fl. (Whrg.) M. 1.70. || 1 öst.-ung. Krone = M. 8.25. || 1 skand. Krone M. 1.125.
1 fl. holl. = M. 1.70. || 1 alt. Grbl. d. = M. 3.20. || 1 Rbl. alt. Kred. Rbl. = M. 2.16. || 1 argt. Goldpesa = M. 4. || 1 argt. Papierpesa = M. 1.75. || 1 Doll. = M. 4.20.